

Anarchistische Kritik an der parlamentarischen Demokratie

Viele Menschen in der Ökologiebewegung arbeiten mit Apellen und Petitionen an die Parlamente und hoffen, daß durch andere Mehrheiten bei den nächsten Wahlen die Belange des Umweltschutzes größeres Gewicht in der Regierungspolitik bekommen. Im heutigen **Taktlos-Thema** begründen wir die Kritik am Parlamentarismus und benennen Alternativen.

Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben

Zum "Wahljahr 1994": Worin unterscheidet sich die anarchische von der rechten Parlamentarismuskritik?

Nächstes Jahr stehen 19 Wahlen an. In Umfragen wächst die Zahl der Menschen, die an diesen Wahlen nicht teilnehmen wollen. Ihre Motive sind sehr verschieden und diese Unterschiede sind von Bedeutung.

auch populär. Die sogenannte "Politikverdrossenheit" resultiert aus ihnen. Aber warum denken wir sie nicht wirklich ernsthaft zuende? Warum kommen wir nur selten von einer Kritik an vermeintlichen "Auswüchsen" des Parlaments zu einer radikalen Parlamentarismuskritik? Erstens weil uns der Parlamentarismus alternativlos erscheint; und zweitens weil wir glauben, nichtwählen die Sache der Rechten. Aber die Wirklichkeit sieht anders aus: Es gibt eine anarchische Alternative zum Parlamentarismus, und ihr Inhalt unterscheidet sich radikal von rechter Parlamentarismuskritik.

des Antiparlamentarismus auch dadurch, daß sie eine inhaltlich bestimmte Form der Ablehnung des Parlamentarismus vertritt. Anarchistische Parlamentarismuskritik wird an die Bedingung geknüpft, das parlamentarische System nur dann zu bekämpfen und zu stürzen, wenn die begründete Aussicht und eine hohe Wahrscheinlichkeit besteht, daß eine basisdemokratische, föderalistische und herrschaftsfreie Form gesamtgesellschaftlicher Entscheidungsfindung das parlamentarische System ersetzen kann.

die historische Schuld des Parlamentarismus von Weimar, daß es die faschistische Diktatur ermöglichte.

Hitler kam parlamentarisch an die Macht. Das deutsche Volk hat ihn zwar nicht mit Mehrheit gewählt, aber der normale Vorgang parlamentarischer Koalitionsbildung in einer krisenhaften Zeit ermöglichte die Reichskanzlerschaft Hitlers, eine weitere Koalition mit dem Zentrum ermöglichte das Ermächtigungsgesetz und die Durchsetzung der reinen Diktatur.

"Wer wählt, hat die eigene Stimme bereits abgegeben"

Graswurzelrevolution Sonderheft zur Kritik der parlamentarischen Demokratie, GWR Nr. 146-48, 100 Seiten, 7 DM.

Dieses Heft ist die aktuellste Darstellung und Weiterentwicklung anarchistischer Parlamentarismuskritik, die derzeit erhältlich ist. Auf die veränderte Situation seit dem Fall der Mauer, d.h. seit der Zeit, in der die westlichen parlamentarischen Systeme im wesentlichen als alternativlos propagiert werden, wird ebenso eingegangen wie auf die Frage, ob die damaligen "Runden Tische" eine tatsächliche und tragfähige Alternative überhaupt darstellen konnten. Der Schwerpunkt dieser Sondernummer der GWR liegt bei der Kritik (etwa auch der Grünen oder der Parlamentarisierung der Frauenbewegung), doch daß der Anarchismus Alternativen bereit hält, wird auch in vorgeschlagenen, teilweise sehr phantastischen Alternativmodellen deutlich. Die klassische Parlamentarismuskritik von Robert Michels wird ausführlich zusammengefaßt und aufgrund der Erfahrungen der anarchistischen Bewegung wird versucht, heute gangbare Wege zur direkten Demokratie aufzuzeigen.

Zum Weiterlesen

Buchtips zur anarchischen Parlamentarismuskritik

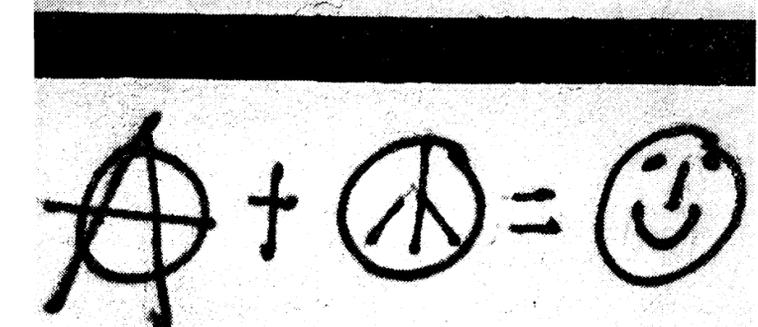
Robert Michels: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, aktuell erhältlich in der 2. Fassung von 1924, Stuttgart 1989.

Dieses Buch ist das klassische Werk des Anarchismus zur Parlamentarismuskritik überhaupt. Geschrieben von dem Deutschen Robert Michels, der eine anarchosyndikalistische Lebensphase hatte, in dessen Zeitraum dieses Buch fällt. Er untersuchte die Parlamentarisierungstendenzen sozialdemokratischer Parteien und formulierte das sogenannte "eiserne Gesetz der Oligarchie". Es besagt, daß selbst Parteien, die gegensätzliche Ansprüche haben, wie

sie damals die sozialdemokratischen Parteien noch hatten, durch die Beteiligung an den Parlamenten oligarchische (Oligarchie = Herrschaft durch Wenige) Strukturen ausbilden. Die Herrschaft der Wählenden wird so durch die Herrschaft der Gewählten über die WählerInnen abgelöst. Eine sehr detaillierte und überzeugende Analyse, die sich insbesondere diejenige zu Gemüte führen sollten, die glauben, die SPD hätte sich durch die Kandidatenwahl Scharpings tatsächlich demokratisiert oder die Grünen könnten die Anliegen der Ökologiebewegung in den Parlamenten und Regierungen vertreten.

Bevor wir uns ins Mammutwahljahr stürzen und vielen Hoffnungen auf eine Veränderung durch unsere Stimmabgabe Ausdruck verleihen, sollten wir einmal über die Struktur des Parlamentarismus nachdenken: Ist es eigentlich wirklich demokratisch, wenn im Extremfall 51 % über 49 % entscheiden können, es also keinen garantierten Minderheitenschutz gibt? Wenn Parteienvertreter wie Klose einen Asylkompromiß aushandeln, der sogar dem eigenen Parteitagsschluß widerspricht? Wenn sogenannte "Volksvertreter" nur ihrem eigenen Gewissen verantwortlich sind und nicht per imperativem Mandat an diejenigen gebunden werden, die sie gewählt haben? Wenn die ParlamentarierInnen ihre Diäten und diversen Nebeneinnahmen und Ruhestandspösten selbst festlegen, anstatt den "Dienst am Volke" zum Beispiel ehrenamtlich zu machen?

Fragen dieser Art könnten es fortgesetzt werden. Sie sind



Was einmal gelang, kann wieder gelingen

Streifzug durch die Geschichte anarchistischer Alternativen zum Parlament

Anarchistische Alternativen zum Parlamentarismus wurden zu allen Zeiten größerer gesellschaftlicher Veränderung herausgebildet, mit zum Teil sehr langen Vorbereitungszeiten, wie z.B. im spanischen Anarchosyndikalismus und dessen Gewerkschaftsbewegung, die eine organisatorische Geschichte von ihren ersten Ansätzen im 19. Jahrhundert bis zur Revolution von 1936 kannte.

Die Alternativen des Anarchismus waren Räteemodelle. In der russischen Revolution von 1905 gründete der Anarchist Volin den ersten Sowjet (Rat) in Rußland. Schon während dieser Revolution wurden aber die von ursprünglich parteilosen Arbeitenden gegründeten Räte durch die politischen Parteien majorisiert, insbesondere durch den damaligen Sozialdemokraten Trotzki. Sie wurden verändert von Räten der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu sogenannten politischen Räten, die mit dem Zaren verhandeln oder politische Forderungen an ihn richten sollten.

Diese Entwicklung wiederholte sich in der russischen Revolution von 1917, als die ebenfalls spontan entstandenen Räte von der Partei der Bolschewiki immer mehr instrumentalisiert und zu Anhängseln ihrer Staatsmacht umfunktioniert wurden, während ihnen die tatsächliche wirtschaftliche Entscheidungskompetenz entzogen wurde.

Der Ruf der Kronstädter Matrosen beim antibolschewistischen Aufstand von 1921, "Sozialismus ohne Kommunisten", knüpfte noch einmal an die ursprüngliche anarchische Räteidee an, bevor er durch die Kugeln des inzwischen zum Kommunisten konvertierten Ar-

mee zum Verstummen gebracht wurde.

Auch in Deutschland wurden die "Arbeiter- und Soldatenräte" der Revolution von 1918 durch die Parteien, diesmal vor allem durch die Sozialdemokratie, majorisiert und schließlich dem Parlamentarismus geopfert. Immer dort, wo die Räte wirklich in den Betrieben selbst gewählt wurden, war eine Chance vorhanden, daß wirtschaftliche Selbstverwaltung als Ziel der Räteverwaltung verwirklicht werden konnte.

ParteienvertreterInnen waren meist der Tod der Räteverwaltung. Insbesondere anarchistische Gewerkschaften (Anarchosyndikalismus) befürwortete wirtschaftliche Räteysteme, bestehend aus sogenannten Konsumtionären in den jeweiligen Orten (dort wird festgelegt, was die Menschen an Konsumgütern brauchen), und sogenannten Produktionsräten

den deutschen Räten war jedoch den Parteien Tür und Tor geöffnet, um die Struktur, die ursprünglich eine von unten nach oben mit imperativem Mandat sein sollte, in eine hierarchische Struktur von oben nach unten umzuwandeln. So kam es zu dem Paradox, daß der erste gesamtdeutsche Rätekongreß praktisch seine Auflösung beschloß und Wahlen für eine parlamentarische Nationalversammlung durchzuführen.

Die politischen Räteysteme waren also nicht das, was sich die AnarchistInnen vorgestellt hatten. Insbesondere anarchistische Gewerkschaften (Anarchosyndikalismus) befürwortete wirtschaftliche Räteysteme, bestehend aus sogenannten Konsumtionären in den jeweiligen Orten (dort wird festgelegt, was die Menschen an Konsumgütern brauchen), und sogenannten Produktionsräten

in den jeweiligen Betrieben und Branchen (dort wird festgestellt, was die Menschen an Konsumgütern herstellen können). Beide Räteformen sollten sich gegenseitig über Bedürfnisse und Produktionsmöglichkeiten austauschen.

In der spanischen Revolution von 1936-39 wurden diese Modelle in einzelnen Industriebetrieben sowie in der Landwirtschaft weitgehend in die Tat umgesetzt. Zwar wurden die AnarchistInnen auch hier durch VertreterInnen von bürgerlichen und kommunistischen Parteien stark behindert sowie durch die Notwendigkeiten des Krieges von der zivilen Produktion abgedrängt. Entscheidend ist jedoch, daß in Spanien das alternative anarchistische Entscheidungsmodell insbesondere im Sommer 1936 auch praktisch funktionierte. Spannend daran ist auch die

Tatsache, daß zum Beispiel die Produktivität in den anarchistischen Kollektiven und Betrieben damals vergleichsweise um einiges höher war als vor der Revolution - und das ohne Ausbeutung anderer Länder und Menschen, wie das heute bei uns der Fall ist.

Ähnliches wie hier über Spanien könnte auch über die Selbstverwaltungskonzepte Gandhis und die wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung, die von Parlamentsboykotts begleitet wurden, erzählt werden.

Eine massenhaft betriebene Praxis anarchistischer Alternativen zum Parlament hat es also in der Geschichte tatsächlich gegeben. Was einmal gelang, kann auch wieder gelingen; das ist die Botschaft, die uns die Geschichte vermittelt!

Eugen Schäfer